

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Konferenz der Kantonsregierungen
Haus der Kantone
Speichergasse 6
3001 Bern

Liestal, 4. Mai 2021

Institutionelles Abkommen Schweiz-EU: Konsultation der Kantonsregierungen

Sehr geehrter Herr Präsident

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 29. April 2021 zum oben erwähnten Geschäft und bedanken uns für die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

Als Teil der exportstärksten Wirtschaftsregion der Schweiz, Grenzregion zu Deutschland und Frankreich und als Teil der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, äussern wir unsere tiefe Besorgnis über die Gefährdung des erfolgreichen bilateralen Wegs. Geregelte Beziehungen mit der EU – welche eines der Legislaturziele 2019–2023 des Bundesrats bilden – und der Zugang zum EU-Binnenmarkt sind für die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz von zentraler Bedeutung.

Wir teilen die Auffassung weiter Kreise, dass ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden kann und muss, der den beidseitigen Interessen der Eidgenossenschaft und der EU Rechnung trägt. Mit einer Klärung der beiden offenen Fragen und dem Abschluss der Verhandlungen würde der Weg frei für weitere Abkommen zum Wohle aller innovationsgetriebenen Regionen und Wirtschaftsbereiche. Da die EU die Sicherung und die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs von der Lösung der institutionellen Fragen abhängig macht, sollte die Konferenz der Kantonsregierungen den Bundesrat auffordern, eine nachhaltige Lösung zeitnah zu finden.

Ein Abbruch der Verhandlungen – ohne dass Alternativen zur künftigen Sicherung der bilateralen Beziehungen mit der EU aufgezeigt werden – ist aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft keine Option. Die Beziehung zur EU wird auch künftig von zentraler Bedeutung sein, denn die Schweiz ist auf stabile und geregelte Verhältnisse mit unserem Haupthandelspartner und unseren Nachbarn angewiesen. Die bestehenden bilateralen Verträge müssen parallel zu den Bedürfnissen des gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraums weiterentwickelt werden können. Eine Stagnation der Beziehungen auf dem heutigen Niveau und die Akzeptanz von veralteten Verträgen kann mit Blick auf die dynamische Entwicklung der Wirtschaft nicht akzeptiert werden. Entsprechend ist der Bundesrat aufzufordern, die Verhandlungen mit der EU zum Abschluss zu bringen und dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.

Wir danken für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin